

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
1. Dezember 2023

Berichtszeitraum: 1.11.2023 bis 30.11.2023

Inhalt:

- Positionierung der EU im Gaza-Krieg und humanitäre Hilfsleistungen
- Europa zieht bei der COP28 an einem gemeinsamen Strang
- Tagung der EU-Entwicklungsminister
- Erweiterungspaket der Europäischen Kommission
- Ereignisreicher Monat für die EU-Balkan-Beziehungen
- Ukraine: Aktueller Stand
- Samoa-Abkommen
- Kurzmeldungen



Positionierung der EU im Gaza-Krieg und humanitäre Hilfsleistungen

Am 21. November 2023 schloss die EU-Kommission die [Überprüfung ihrer Mittelvergabe](#) für Palästina ab: Die Schutzvorkehrungen gegen eine Fehlnutzung der Finanzleistungen seien intakt, so Kommissionspräsidentin von der Leyen in einer Stellungnahme. Als größter Hilfsmittel-Geber – im Zeitraum 2021-24 fließen insgesamt 1,2 Mrd. EUR im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Strategie – wird die EU weiterhin Unterstützungszahlungen leisten. Dabei werden allerdings ca. 75 Mio. EUR angesichts großer Zerstörungen der Infrastruktur in Gaza auf andere Hilfsprojekte umgeleitet. Des Weiteren wurden die humanitären Hilfsleistungen für Gaza vervierfacht auf einen Gesamtwert von ca. 100 Mio. EUR.

Parallel dazu verstärkte die EU ihre Reisediplomatie in Nahost, um ein Übergreifen des Konflikts auf das Westjordanland und die Anrainerstaaten zu verhindern: So betonte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell am 17. November bei einem [Treffen in Ramallah](#), dass bei aller berechtigten Bekämpfung der Terrororganisation Hamas nach dem 7. Oktober auch das Völkerrecht und das internationale humanitäre Recht bei Israels Selbstverteidigungskrieg in Gaza zu beachten seien. Schon zuvor hatten sich Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel auf der internationalen [humanitären Konferenz](#) in Paris vom 9. November für die Zwei-Staaten-Lösung als Perspektive der Hoffnung für ein friedliches und sicheres Zusammenleben von Palästinensern und Israelis ausgesprochen. Voraussetzung dafür sei allerdings eine „[legitime und glaubhafte](#)“ Palästinensische Behörde.

DR. THOMAS LEEB

Europa zieht bei der COP28 an einem gemeinsamen Strang

Die europäischen Institutionen verfolgen in ihrer Positionierung zur COP28 eine einheitliche Linie. Seitens des [EU-Rats](#) wurde bereits Mitte Oktober die Notwendigkeit umfassenderer Klimaschutzziele betont. Die national festgelegten Beiträge (NDCs) seien derzeit unzureichend und erforderten eine Neujustierung der langfristigen Strategien zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Ähnlich ambitioniert sind die Stimmen aus dem [EU-Parlament](#). Eine zentrale Forderung aus den Reihen der Abgeordneten ist der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen „so bald wie möglich und spätestens bis 2025“. Die Kommission geht noch einen Schritt weiter und hat bereits im Vorfeld der COP28 konkrete [Zusagen gemacht](#). Dazu gehören ein „substantieller Beitrag zum Loss and Damage Fund“ sowie „finanzielle Unterstützung“ zur Erreichung globaler Ziele wie die Verdreifachung der Kapazitäten erneuerbarer Energien und die Verdoppelung der Energieeffizienz bis 2030. Weitere Informationen zur COP28 finden Sie in unserem Sondernewsletter. LAURA LAHNER

Tagung der EU-Entwicklungsminister

Während der Sitzung des [EU-Entwicklungsministerrates](#) am 21. November 2023 wurde diskutiert, wie das europäische Engagement im Sinne des Konzepts „Team Europa“ in komplexen Umgebungen in Afrika (insb. in der Sahelzone und am Horn von Afrika) aussehen kann. Ziel ist es, ein kohärentes, integriertes, und differenziertes Konzept „Team Europa“ aufzubauen.

Ferner wurde die Entwicklung über die Lage in der Ukraine und die Hilfe für die palästinensische Bevölkerung thematisiert. Bei einer von der Kommission durchgeführten Überprüfung der laufenden Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina wurden keine Brüche vertraglicher Verpflichtungen festgestellt. Vor dem Hintergrund der laufenden Reform der multilateralen Entwicklungsbanken führten die Entwicklungsminister einen informellen Gedankenaustausch mit dem Präsidenten der Weltbank, Ajay Banga, wobei sich alle Parteien für eine engere Kooperation in Drittländern und bei der Klimafinanzierung aussprachen. MICHELLE WIESNER

Erweiterungspaket der Europäischen Kommission

Im diesjährigen [Erweiterungspaket](#) vom 8. November 2023 empfiehlt die Europäische Kommission dem Rat, die Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Ukraine und der Republik Moldau zu beginnen. In der Ukraine gebe es eine große Reformdynamik, die von der Bevölkerung unterstützt wird. Moldau habe ebenfalls wichtige Fortschritte erzielt unter anderem bei der Justizreform und der Korruptionsbekämpfung.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte bei der Vorstellung des Berichts: „Die vergangenen Erweiterungen haben die enormen Vorteile sowohl für die Beitrittsländer als auch für die EU gezeigt. Wir alle gewinnen.“ Neben der Ukraine und Moldau bewertet der Bericht detailliert die Fortschritte, die Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien, die Türkei und Georgien erzielt haben. MICHELLE WIESNER

Ereignisreicher Monat für die EU-Balkan-Beziehungen

Die Balkanländer können auf ihrem Weg zur Mitgliedschaft auf die Unterstützung der EU zählen. Das war die zentrale Botschaft von Kommissionspräsidentin von der Leyen bei der gemeinsamen [Pressekonferenz](#) mit Borjana Krito, der Vorsitzenden des Ministerrats von Bosnien und Herzegowina am 1. November 2023. Wenige Tage später wurde das Versprechen noch konkreter, als die Kommission einen [neuen Wachstumsplan](#) in Höhe von 6 Mrd. EUR für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Montenegro verabschiedete. Er wird der Region einige der Vorteile der EU-Mitgliedschaft bringen, das Wirtschaftswachstum ankurbeln und die dringend benötigte sozioökonomische Konvergenz beschleunigen.

Ein weiterer Schritt in Richtung einer verstärkten Zusammenarbeit wurde beim [EU-Westbalkan-Ministertreffen](#) am 13. November unternommen, bei dem sicherheitspolitische Themen im Vordergrund standen. Auf der Tagung unterstrich der EU-Außenbeauftragter Josep Borrell die Bedeutung von Zusammenhalt und enger Abstimmung mit den Westbalkan-Partnern, um die Stabilität des Kontinents zu gewährleisten. LAURA LAHNER

Ukraine: Aktueller Stand

Auch nach dem Angriff der Hamas auf Israel ist der Krieg in der Ukraine weiterhin im Blickfeld der europäischen Politik. Mitte November hat die Kommission das [12. Sanktionspaket gegen Russland](#) angekündigt. Demnach sollen über 100 weitere Personen mit Sanktionen belegt werden.

Zudem wurde beim Außen- und Verteidigungsministertreffen Mitte des Monats über die bisherige militärische Unterstützung [Bilanz](#) gezogen. So wurden bereits 30.000 ukrainische Soldaten von europäischen Partnern ausgebildet, allerdings erst 30% der versprochenen 1. Mio. Schuss Munition geliefert. EU-Außenbeauftragter Josep Borrell berichtete, dass die europäische Waffenindustrie im März kommenden Jahres die notwendigen Kapazitäten aufbringen werde, um die versprochenen Munitionslieferungen zu leisten. NICO GÖRCKE

Samoa-Abkommen

Am 15. November 2023 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten ein neues [Partnerschaftsabkommen](#) mit den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (OAKPS) nach mehrjähriger Verhandlung unterschrieben. Es tritt an die Stelle des Cotonou-Abkommens und deckt

Bereiche wie Wachstum, nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Klimawandel, Migration und Sicherheit ab. Einige AKP-Staaten unter anderem Namibia haben das Samoa-Abkommen jedoch noch nicht unterzeichnet. Das Abkommen wird ab dem 1. Januar 2024 vorläufig angewendet.

MICHELLE WIESNER

Kurzmeldungen NICO GÖRICKE

Angesichts einer Vielzahl von Krisen in Ostafrika, kündigte die EU am 3. November 2023 26 Mio. EUR an [weiteren Hilfen](#) an. Damit soll die schwere humanitäre Lage einzelner Gruppen im Südsudan, Somalia, Uganda und der Demokratischen Republik Kongo unterstützt werden.

Die EU stellte am 7. November 2023 61 Mio. EUR an [Entwicklungshilfe](#) für Afghanistan wie auch für afghanische Flüchtlinge aus Pakistan bereit. Diese Hilfsgelder sollen Menschen zugutekommen, die besonders von der derzeitigen Hungersnot sowie mehreren Erdbeben im Westen des Landes betroffen sind.

Nach einem starken Erdbeben Anfang November in Nepal kündigte die EU am 15. November 2023 zwei Mio. EUR [humanitärer Hilfen](#) für das Land an. Ein erheblicher Teil des Geldes wird genutzt um Unterkünfte für nun obdachlose Familien bereitzustellen.

Am 15. November 2023 stimmte der [Rat](#) dem EU-UK Abkommen zur Teilnahme von Großbritannien am Horizon- und Kopernikus-Programm zu. Das Abkommen wurde im vorherigen Monat zwischen der Kommission und der britischen Regierung nach langen Verhandlungen geschlossen.

Aufgrund der sich verschlechternden Lage in Myanmar sowie der Rohingya in Bangladesch kündigte die EU am 16. November 2023 10,5 Mio. EUR an [Nothilfen](#) an. Die Gelder sollen die Versorgung an Grundgütern verbessern. Insgesamt hat die EU im Jahr 2023 nun 68 Mio. EUR für Myanmar und die Rohingya bereitgestellt.

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.

Unter Mitarbeit von **Constantin Blaschke**, **Nico Göricke**, **Laura Lahner**, **Michelle Wiesner**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter

Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).

Melden Sie sich für unseren [Veranstaltungsverteiler](#) an.